

Rheingauer Bürgerfreund

Erscheint Dienstags, Donnerstags und Samstags.
am letztem Tage mit dem illustrierten Unterhaltungsblatt.

Anzeiger für Oestrich-Winkel

Abonnementspreis pro Quartal Mk. 1.50
= (ohne Trägerlohn oder Postgebühr.) =
Insertionspreis pro sechsspaltige Petitzeile 20 Pf.

Kreisblatt für den östlichen Teil des Rheingaukreises.

Grösste Abonnentenzahl
aller Rheingauer Blätter.

Expeditionen: Oestrich-Winkel u. Eltville.

Druck und Verlag von Adam Ertel in Oestrich.
Fernsprecher No. 88.

Grösste Abonnentenzahl in
Oestrich-Winkel u. Umgebung.

Nr 6

Dienstag, den 14. Januar 1919

70. Jahrgang

Ämtlicher Teil.

Rüdesheim a. Rh., den 9. Januar 1919.

Nachstehende Bestimmungen über den Bahnverkehr bringe ich hiermit zur allgemeinen Kenntnis.

Der Landrat.

Note.

Zufolge Befehl des Oberkommandanten der Verbündeten wird der Bahnverkehr von dem einen Rheinufer zum anderen Rheinufer und in den Brückköpfen für die Zukunft nach folgenden Grundregeln geregelt:

Die besetzten Gebiete innerhalb der Brückköpfe von Cöln, Coblenz und Mainz werden als zu dem linken Rheinufer gehörig betrachtet insoweit der Bahnverkehr (Reisen und Waren) in Betracht kommt.

Die durch die Bestimmungen des Waffenstillstandsabkommens vom 11. November vorgesehenen Blockade Deutschlands wird also durch die Schließung der verbundenen oder durch den Rhein verlängerten Brückköpfe durchgeführt.

Güterzüge. Grundsätzlich können Güterzüge die Linie der Vorposten nicht überschreiten; diese Linie wird gebildet durch die Grenzen der Brückköpfe und zwischen den Brückköpfen durch den Rhein. Ausnahmeweise können die Vorpostenlinien überschreiten: die Güterzüge, welche nachgenannte Güter fahren, aus Deutschland kommen und nach den Brückköpfen sowie nach dem linken Rheinufer bestimmt sind; desgleichen kann das Permaterial auf dem Rückweg die Vorpostenlinien überschreiten.

1. Ohne vorherige Genehmigung.

a) Alle Rohmaterialien, soweit sie für die Aufrechterhaltung der Fabriken pp. nötig und nachstehend aufgeführt sind:

Kohlen,	Schwerölle sowie Nebenprodukte,
Koks,	Zeitungspapier,
Kalk,	Tabak,
Kalkstein,	Sand,
Eisenerze,	Blend,
Stahlerze,	Calmit,
Meislerze,	Kupfererze und Kupfererze,
Phosphat,	erschlagene Steine (Schotter und
Salpeter und Sulphate,	Basaltsteine), Melassefäule,
Grubenholz,	Salz und Natursalz,
Kies,	Petroleum,
Gips,	Mineralöle (Ölzenge),
Zement,	Sämereien,
Leder und Häute,	Thon.
Schmierölle,	

b) Die zur Verpflegung der Bevölkerung nötigen Transporte (Lebensmittel, Getränke, Futtermittel oder Hartfutter für die Fütterung des Viehes).

Brennstoffen jeglicher Art (Kohlen, Koks, Mineralöl (Ölzenge) Petroleum usw.).

Unter Vorbehalt für die Rückfahrt sind auch die besonderen Verordnungen sowie die zur Einfuhr nötigen Waren einbezogen.

Alle nötigen Ersatzstücke soweit sie in Fabriken, Werkstätten, Elektrizitätswerken usw. benötigt werden.

Treibmitteln, Motoren usw.

Die Ersatzstücke für Automobile, Eisenbahnbetriebe usw.

2. Mit vorheriger Erlaubnis.

Die Spezialprodukte soweit sie für den Gang der Fabriken des besetzten Gebietes notwendig sind. Die Bedingungen unter welchen die Sondererlaubnisse für den Transport bestellt und genehmigt werden, sind nachstehend angegeben:

Die Gesuche um Erlaubnis von Transporten, welche vorher genehmigt werden müssen sind an den Herrn Administrator Militäre (an den franz. Kreisverwalter in Rüdesheim) zu richten, der sie g. f. beantwortet und sie dem Antragsteller zurückgibt, wobei, damit dieser den Antrag nunmehr an die Eisenbahndirektion weiter leitet, welcher der Bestimmungsbahn untersteht.

Die in Frage kommenden Eisenbahndirektionen werden dann den Empfänger von der erfolgten Genehmigung benachrichtigen und ihm einen grünen Zettel in franz., englischer und deutscher Sprache wie folgt ausstellen:

Transport autorisé par décision de la commission interalliée des Chemins de fer de campagne des Pays Rhénans

Von Seiten der Internat. Kommission der Feldbahnen der rheinischen Lande genehmigter Transport:

Sous le Nr. (unter der Nr.) en deute du

(vom)

Nombre de colis (Anzahl der Frachstücke)

Nature de la marchandise (Art der Ware)

Numero d'expédition (Versandnummer)

(dch. die Versandstation auszufüllen.)

Stempel der Unterkommission.

Diese in vorschriftsmäßiger Form von den militärischen Unterkommissionen ausgefertigten (visierten) Zettel werden den Empfängern zutreffend falls mit Transporterlaubnis zugestellt.

Diese Zettel müssen von dem Versandbahnhof den Begleitpapieren beigelegt werden. Die Versandanzeige, welche ebenfalls die Ware begleitet, muß außerdem Nr. und Datum der Transportgenehmigung tragen. Die erteilten Genehmigungen sind, jeweils einen Monat gültig, vom Tage der Ausstellung an gerechnet. Jeder Antrag auf Erneuerung einer Transporterlaubnis muß Nr. und Datum der Genehmigung anführen.

Der Warenverkehr aus den Gebieten des linken Rheinufers und der Brückköpfe in Bestimmung nach dem unbesetzten Deutschland ist untersagt.

Ausnahmeweise kann der Versand gewisser Rohmaterialien oder von Fabriken genehmigt werden. Es bedarf hierzu jedoch einer besonderen Genehmigung, für welche nähere Bestimmungen noch später durch das Komitee der Verbündeten festgesetzt werden.

Betrifft: Gemeindefassen-Rückstände.

Die Herren Bürgermeister der Landgemeinden ersuche ich unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung vom 22. 11. 18 nochmals um sofortige Vorlage des Verzeichnisses der Rückstände bei der Gemeindefasse, soweit es inzwischen nicht eingereicht wurde.

Rüdesheim a. Rh., den 4. Januar 1919.

Der Landrat.

Wahlen zur Nationalversammlung.

Nach Mitteilung des Herrn Regierungspräsidenten hat der Administrateur du Distrikt de Wiesbaden gestattet, daß von jeder politischen Partei, welche Wahlvorschläge eingereicht hat, 2 Wahlversammlungen in jedem Kreise abgehalten werden. Die Bestimmung darüber, an welchen Orten die Versammlungen abgehalten werden dürfen, ist Sache des Landrats.

Der schriftliche Verkehr der Wahlbehörden und der politischen Parteien unter einander und mit dem Wahlkommissar in Kassel ist gestattet, muß jedoch durch die Hand des Herrn Regierungspräsidenten gehen.

Rüdesheim a. Rh., den 10. Januar 1919.

Der Landrat.

Die Staatsreform.

Es steht heute unbestreitbar fest, daß wir in Deutschland wenigstens auf die Dauer mit einer Republik zu rechnen haben. Es fragt sich nur, nach welcher Richtung hin im Einzelfall jede Republik sich gestalten wird. Jeder Realpolitiker wird zugeben müssen, daß wir in Deutschland nur vor der Möglichkeit stehen, entweder eine demokratische Republik oder eine sozialistische Republik, niemals aber ein Staatswesen mit imperialistischen Tendenzen, zu errichten. Die Aussichten für die eine oder die andere Form bestehen selbstverständlich heute. Die Entscheidung kann aber erst gefällt werden, wenn die Nationalwahlen beendet sind. Aus dem Gesamt-Abstimmungsergebnis wird man erkennen, ob die Mehrheit des Volkes für eine sozialistische Republik eintritt, oder ob sie eine demokratische Republik eintritt.

Was ist demokratische Republik und was ist sozialistische Republik? Beide Staatsformen unterscheiden sich klipp und klar voneinander. Sie schwimmen nicht ineinander hinein, wie sie auch im Einzelfall der Durchführung zu verschiedenen Resultaten führen können. Der Unterschied zwischen beiden ist eben jener Wesensunterschied, der zwischen Demokratie und Sozialismus überhaupt besteht. Es fragt sich nur, ob wir in Deutschland zurzeit daran sind, daß Sozialisten und Demokraten sich nähern oder sich voneinander entfernen. Vor dem 9. November hatten wir auch sozialistische Parteien. Haben ihnen bestanden demokratische Parteien. Beide hatten viel Gemeinsames. Sie unterschieden sich in grundsätzlichen Fragen, vor allem von den National-Liberalen, den konservativen Kreisen des Zentrums, von der Deutschen Fraktion und natürlich vor allem von den Konservativen. Der 9. November aber war der Tag, der allen das Recht gab, demokratisch zu fühlen und vor allem auch sich demokratisch zu betätigen. So haben wir es erlebt, daß die neue Konstituierung der Parteien sich wesentlich auf demokratischer Grundlage abspielte. Alle Parteien, die bisher das Wort „demokratisch“ noch nicht im Schilde führten, haben es jetzt angenommen. Sie gingen in das Jahr ihrer Gründung ein. In der Nacht eines großen demokratischen Abends, demnach haben wir in Zukunft, vor allem in den nächsten zwei Wochen damit zu rechnen, daß die Auseinandersetzung unter den Parteien sich unter den Programmpunkten entwickelt, welche auf der einen Seite von den Sozialisten, als den Vertretern internationaler demokratischer Grundsätze, aufgestellt werden, während ihnen die versammelten Demokraten gegenüberstehen. Die Wahlauseinandersetzung und das Ergebnis des 19. Januars ist also nichts anderes als die Vorbereitung der neuen Staatsform.

Welch stehen die Begriffe Demokratie und Sozialdemokratie in weniger politisch geschulten Köpfen ineinander über. Unter Demokratie verstehen wir aber die weitestgehende Anteilnahme der Gesamtheit des Volkes an den Regierungsgeschäften, während auf der anderen Seite unter Sozialdemokratie man jene politische Gesinnung versteht, welche die Volksherrschaft wohl auch errichten will, aber sie unterordnen will jenem Wirtschaftsleben, das unter Sozialismus ein ganz eigenes Gepräge erhalten wird. In seiner grundsätzlichen Form bedeutet der Sozialismus nichts anderes als die Vergesellschaftung des Nationalvermögens. Das Gesamtvermögen der Nation soll in ziemlich brutaler Form der Bewirtschaftung aller durch Mitbestimmung aller unterworfen werden. Der konsequent durchgeführte Sozialismus trägt also ganz neue Eigentumsbegriffe; zum mindesten gefährdet er ganz erheblich das Privateigentum. Die Demokratie aber unterscheidet sich gerade darin von der Sozialdemokratie, daß sie vor allem die praktische und ideale Freiheit und Unverletzlichkeit des Privateigentums unterstellt.

Es ist wohl heute jedem klar, daß für die Wahlsiege der kommenden Tage die friedlichen Elemente sich unter der Parole der Demokratie sammeln können, sich sogar sammeln müssen, wenn sie die Gefahr richtig erkennen, die im radikalen Sozialismus liegt. Diese Gefahr wird nur beschworen durch richtige Erkenntnis der Begriffe sozialistisch auf der einen Seite und im Gegensatz dazu demokratisch auf der anderen Seite.

Die neue Staatsform kann nur noch demokratisch sein, da alles andere, auf monarchische Ideen gestützt,

durch die gewaltigen historischen Ereignisse verloren gegangen ist. So bestimmt und so eindeutig diese Feststellung ist, so viel Unklarheit herrscht doch noch bei den Anhängern auf beiden Seiten. Viele Sozialdemokraten sehen das Glück des Vaterlandes in einer sozialistischen Republik, ohne zu bedenken, daß solch ein Aufbau erst die Möglichkeit des Bestehens auch nur von ferne zeigt, wenn mindestens das gesamte Europa damit vorgeht. Das wird aber nicht geschehen, und das Kapital, das immer international war, wird bald vom deutschen Wirtschaftsmarkt verschwinden und dort zu finden sein, wo es Zinsen trägt. Mit dem Verschwinden des Kapitals und der Unternehmungslust des Einzelnen in Deutschland bleibt dem deutschen Arbeiter entweder die Auswanderung in ihm weitestgehend fremde Länder oder bisher ungenanntes Elend. Kommen wir aber zur Mehrheit der bürgerlichen Demokratie, dann wird der Geist, in welchem unsere Verfassung errichtet wird, von jener gesunden bürgerlichen demokratischen Gebiegenheit sein, welche frei von ungerechtfertigtem Terror und frei von brutalem Zwang das deutsche Volk in unmenschlichem Zeitalter zum wirtschaftlichen Wiederaufbau führt.

Die Friedensfrage.

Die Friedenskonferenz.

(b.) Der Amsterdamer Korrespondent der „Daily Mail“ berichtet, daß alle deutschen Minister jetzt ihre Vorbereitungen für die Friedenskonferenz, für die sie ein ausgedehntes Material von Schriftstücken bereit gestellt haben, beschließen. Es ist bestimmt worden, daß jedes Ministerium durch mindestens eine wichtige Persönlichkeit vertreten sein soll. Das Auswärtige Amt wird mit Grafen Brockdorff-Rantzau vertreten sein und möglichst mit Raubach, Bernheim und David als ersten Beratern. Graf Bernheim's Anstrengungen, selbst bei der Friedenskonferenz Abgesandter zu sein, sind mißlungen. Ähnliche Versuche von Baloch und Helfferich wurden von Ebert verworfen. Unter den Kolonialfachverständigen, die nach Paris geschickt werden, befinden sich die Namen Solf und Dernburg. Das Ministerium für Handelsmarine soll durch den Nachfolger Ballins, Direktor Heinemann, das Handelsministerium durch Dr. Rathenau von der A.G. und Max Baumbach aus Hamburg vertreten sein. Es ist möglich, daß Graf Moeder für das Finanzministerium erscheint. Er wird wohl von Bernheim, dem Oberbürgermeister von Berlin, begleitet sein. Erzberger wird wahrscheinlich den Beratungen über den Völkerbund beizuwohnen.

Amerikanische Völkerbundpläne.

(b.) Die Londoner „Daily Mail“ meldet: Der amerikanische Vorschlag über die Völkertliga befaßt in seinen Hauptgrundsätzen folgendes:

1. Der Völkerbund wird seine Arbeitsorganisation in einem kleinen Lande, wie Belgien oder Holland, haben. 2. Jede Nation wird einen Botschafter dorthin entsenden, der gleichzeitig Mitglied des Kabinetts seines Landes ist, und der der gleichen Partei angehört, die die Regierung bildet. 3. Die Botschafter werden einen ständigen Amtssitz haben und stets im Einvernehmen mit ihren Regierungen vorgehen. 4. Es soll ferner ein Völkerbundgerichtshof geschaffen werden, der den Völkern unterstellt, aber von ihnen getrennt ist. 5. Im Falle eines Konflikts zwischen zwei Nationen kann der Streitfall verschiedenen Gerichtshöfen unterbreitet werden: a) die beiden Streitenden können sich im gegenseitigen Einverständnis an den Obersten Gerichtshof wenden, b) sie können sich an den Völkerbundgerichtshof wenden, c) ein Streitfall kann dem Gerichtshof der Völker vorgetragen werden. 6. Im Falle der Weigerung irgendeiner Nation, sich an irgendeinen dieser drei Gerichtshöfe zu wenden, sollen die streitenden Völker gezwungen werden, je einen Schiedsrichter zu wählen. Die so ernannten beiden Schiedsrichter werden einen dritten bezeichnen. Wenn diese beiden Schiedsrichter über die Wahl eines dritten nicht einig werden, wird der Gerichtshof der Völkertliga einen solchen ernennen. 7. Wenn endlich die beiden im Konflikt liegenden Nationen das Schiedsgericht nicht annehmen, wird der Völkerbund Mächte dieses Bundes bezeichnen, die den Auftrag erhalten, einen Druck auf die streitenden Nationen auszuüben.

Was Wilson den Italienern sagte.

Die italienische Presse steht immer noch unter dem Eindruck des Besuches von Wilson, trotzdem dieser bereits wieder mit Frau und Tochter nach Paris zurückgekehrt ist. Vom ganzen italienischen Volke wurde Wilson als Friedensherold begrüßt, nur die offiziellen Sozialisten mußten sich beim offiziellen Empfang fernhalten auf Befehl der Parteileitung. Von italienischer Seite ist alles aufgeboten worden, um dem Präsidenten die italienischen Bestrebungen und Wünsche zu veranschaulichen. Die Via triumphalis bis zum Quirinal war mit Wappen der unterworfenen Staaten, auch denjenigen Dalmatiens, geschmückt. Eine Abordnung von Fiume und der Bürgermeister von Triest waren in Rom eingetroffen. Der König hat in seinem Trinkpruch, ohne sich bestimmt auszudrücken, von der Sicherheit der neuen Gren-

zen Italiens gesprochen, die nun erreicht seien, und damit zu verstehen gegeben, daß Italien die Grenzen des Waffenstillstandes als seine Grenzen betrachte.

In seiner Antwort an den Kammerpräsidenten betonte Wilson sehr scharf, daß der Friede auf Freundschaft und Loyalität aufzubauen sein müsse.

Er erklärte weiter, daß Deutschland und Österreich ihre Unabhängigkeit haben müßten, daß man ihnen helfen müsse, eine demokratisch-liberale Regierung zu finden, daß man großmütig ihnen gegenüber sein müsse.

Der Waffenstillstand.

Die Frage der Waffenstillstandsverlängerung.
(u.) Amlich wird der Telegraphen-Union mitgeteilt: Von Marshall Foch ist beim Vorsitzenden der deutschen Waffenstillstandskommission folgendes Telegramm eingegangen:

Das Waffenstillstandsabkommen, das am 12. und 13. Dezember 1918 erneuert worden war, läuft am 17. Januar ab. Die Verlängerung über diesen Zeitpunkt hinaus bis zur Unterzeichnung des Präliminarfriedens hat noch nicht die Zustimmung der alliierten Regierungen gefunden. Infolge dieser Sachlage haben sich die Alliierten und die deutschen Bevollmächtigten, welche die Abmachungen vom 11. November und 13. Dezember getroffen haben, zu einer neuen Beratung zu vereinigen, um über die Verlängerung des Waffenstillstandes über den 17. Januar hinaus zu beschließen. Der Oberkommandierende der Alliierten hat die Ehre, dem deutschen Oberkommando vorzuschlagen, diese Zusammenkunft möge am 14. oder 15. Januar, vormittags, in Trier stattfinden, unter denselben Bedingungen wie im Monat Dezember.

Freier Briefverkehr ins besetzte Gebiet.

Das Reichspostamt teilt mit: Nach dem von den Engländern und Belgiern besetzten deutschen Gebiet, insbesondere nach den Städten Köln, Aachen, Solingen, Mülheim am Rhein, Gladbach, Arefeld, Bonn, Düren, Euskirchen, Schleiden, Nalmedy, ferner nach Orten in den Kreisen Aachen, Stadt, Aachen-Land, Eupen, Sellenkirch, Heinsberg, Jülich und Erkelenz sind aus dem unbefestigten Deutschland vorläufig wieder alle Postsendungen, außer Paketen und Zeitungen, zulässig. Die Briefe können verschlossen eingeleitet werden.

Rückkehr unserer Schwerverwundeten.

(b.) Zu den Verhandlungen über die Durchführung der deutschen Schwerverwundeten und kranken Kriegsgefangenen aus den Ländern des Verbandes bringt der ausführliche Sitzungsbericht der Waffenstillstandskommission in Spaas vom 5. Januar eine erfreuliche Kunde: Der deutsche Vorsitzende wies darauf hin, wie sehr die qualvolle Ungelegenheit besonders auf die deutschen kranken und schwerverwundeten Kriegsgefangenen drückte, wenn man ihnen nicht eine Aussicht auf Heimbeförderung räumen konnte. Der französische Vorsitzende antwortete: Wenn die Heimbeförderung unserer Kriegsgefangenen, wie ich hoffe, und wie vereinbart worden ist, gegen den 16. Januar beendet sein wird, sehe ich nicht ein, warum nicht Ihre Schwerverwundeten Kriegsgefangenen bis Ende dieses Monats heimgeführt sein sollen.

Die Lebensmittelversorgung.

(b.) Nach einer Washingtoner Meldung hat Präsident Wilson Herbert Hugo und Norman Davis als die beiden amerikanischen Vertreter in internationalen Fragen für die Lebensmittelversorgung der besetzten, neutralen und feindlichen Länder ernannt. Die französische Regierung bezeichnen ihrerseits den Handelsminister Clementel und den Lebensmittelkontrollleur Bilgrain als ihre Vertreter. Großbritannien und Italien haben ihre Vertreter noch nicht ernannt.

Aufhebung der Blockade?

(b.) Nach einem Telegramm des „Nieuwe Rotterdamsche Courant“ aus London wird aus New-York gemeldet: Das Staatsdepartement hat zu verstehen gegeben, daß seiner Ansicht nach die wirtschaftlichen Zwänge am freigelegt gegen Deutschland gemildert werden müssen, wenn man will, daß Deutschland Schadenersatz vergütet. Nach Ansicht des Staatsdepartements würde die Aufhebung der Blockade schon vor der Unterzeichnung des Friedensvertrages stattfinden können.

Die Vorgänge in Berlin.

Besserung der Lage.

Die Lage ist insofern auf einem Höhepunkt angelangt, als die Regierung anscheinend entschlossen ist, mit den unhaltbaren Zuständen ein Ende zu machen. Sie will die Schreckensherrschaft der Spartakisten zerschlagen. Die Verhandlungen mit den Unabhängigen sind endgültig gescheitert. Diese hatten einen Vorschlag unterbreitet, wonach sie bereit seien, die besetzten bürgerlichen Zeitungen räumen zu lassen, dagegen soll der „Vorwärts“ nicht herausgegeben werden. Die Regierung ging auf diesen Vorschlag nicht ein, weil er eine Herausforderung bedeutete. Die Nachricht, daß über Berlin der Belagerungszustand verhängt worden sei, ist falsch. Die Regierung hat sich zu diesem Schritt noch nicht verstanden, denn im allgemeinen hat sich ihre Lage gebessert. Es ist ihr gelungen, sich starke Truppenmassen zu sichern, die im Reichsbild von Berlin stehen. In der Stadt haben sich zahlreiche Frontsoldaten der Regierung wieder zur Verfügung gestellt, und viele Wehrheitssozialisten sind bewaffnet worden. Es hat sich ferner eine große Anzahl der Berliner aktiven und Reserveoffiziere zusammengeschlossen und hat sich der Regierung ehrenwörtlich verpflichtet. Auch ist ein Vorgehen des

Bürgerrates von Großberlin im Gange, um die Bürger zum Eintritt in die republikanische Volkswacht zu veranlassen.

Eine weitere Meldung aus Berlin besagt: Die Spartakisten werden mehr und mehr in die Verteidigung gedrängt. Die Reichsdruckerei ist ohne Verluste von Regierungstruppen wieder erobert worden, ebenso sind die Proviantämter im Tempelhof und an der Spreeunterstraße wieder im Besitz der Regierungstruppen. Die Siegesallee ist ebenfalls von regierungstreuen Truppen besetzt worden.

Eichhorns Flucht.

Nachdem der größte Teil der Sicherheitswehr des Polizeipräsidenten sich für die Regierung erklärt hat, hat sich Eichhorn veranlaßt gesehen, zu flüchten. Er soll den Weg nach der dänischen Grenze genommen haben. — Ueber die Vorgänge, die zur Absehung und zur Flucht Eichhorns geführt haben, liegt folgende Meldung vor: Die republikanische Soldatenwehr hat sich von dem Polizeipräsidenten Eichhorn losgelöst und der Regierung 14 Kompagnien mit 3500 Mann zur Verfügung gestellt. Es habe eine Versammlung stattgefunden, in der Eichhorns Vorgehen mißbilligt und beschlossen wurde, eine Deputation an die Reichskanzlei zu entsenden. Auch die Berliner Garnisonen haben sich unter dem Druck der zu erwartenden Fronttruppen dazu bequemt, ihre neutrale Stellung aufzugeben und sich auf die Seite der Regierung zu stellen.

Die Opfer.

Die Gesamtzahl der Opfer der letzten Tage beziffert sich Berliner Blättermeldungen zufolge auf 200 Tote und Verwundete.

Spartakus.

Den regierungstreuen Truppen ist es gelungen, Spandau vollständig von Spartakisten zu säubern.

Gegen Scheidemann.

(b.) Für die Kühnheit der Spartakusleute ist es bezeichnend, daß an den Anschlagplätzen ein Plakat erscheinen konnte, auf dem man sieht, wie eine erbiterte Volksmenge Scheidemann aufhängt.

Herr Nabel und Gemahlin.

(b.) Außer Herrn Nabel ist auch Frau Nabel in Berlin eingetroffen. Sie hat, wie aus gut unterrichteter Quelle verlautet, sich im vertrauten Kreise sehr optimistisch über die organisatorischen Erfolge ihres Mannes in Berlin ausgesprochen.

Unhaltbare Zustände.

Der einigen Tagen wurde von den Berliner amtlichen Stellen die Zahl der Arbeitslosen auf rund 400 000 geschätzt. Keineswegs liegen die Dinge in anderen Großstädten. In Düsseldorf beziehen zurzeit über 11 000 Personen Arbeitslosenunterstützung; in München liegt die Zahl der Arbeitslosen am 2. Januar von 11 000 auf 15 000, und in Köln beläuft sie sich auf 27 000. Und doch ist diese ungeheure Arbeitslosigkeit, wie auch von amtlicher Seite festgestellt worden ist, nicht lediglich in dem Mangel an Arbeit zu suchen. Denn der Ueberfüllung der Großstädte steht Arbeitermangel in manchen Industriebezirken und vor allem in der Landwirtschaft gegenüber. Zunächst herrscht Arbeitermangel im Bergbau. Zahlreiche größere und kleinere Fabrikbetriebe können nicht arbeiten, weil sie keine Kohle haben. Obgleich für die gesamte Industrie gerade die Vermehrung der Kohlenförderung die dringendste Forderung ist, wird im Ruhrrevier und in Oberschlesien infolge Arbeitermangels und verbrecherischen Terrors kaum die Hälfte der normalen Kohlenmenge gefördert. Der große Nachfrager nach Arbeitern für die Landwirtschaft steht sozusagen überhaupt kein Angebot gegenüber. Die Kartoffeln stecken zum Teil noch in der Erde, dem Milchvieh fehlt die Pflege, Getreide bleibt in einer Zeit größter Nahrungsmittelknappheit ungedroschen, Wännen werden nicht geerntet, es fehlt an Bau- und Grubenholz. Bezeichnend ist, daß selbst das Münchner Arbeitsamt offensichtlich feststellen muß, daß die Arbeitsfreudigkeit gering ist. Einige Beispiele mögen die Lage beleuchten: Für den Bau des Walchenseekraftwerks, einer für die bayerische Volkswirtschaft außerordentlich wichtigen Anlage, haben sich mehr Ingenieure als Arbeiter gemeldet. Die große Berliner Straßenbahn sucht 1000 Arbeiter, und trotz der Hunderttausende von Arbeitslosen meldeben sich, wie die sicher unverdächtige „Welt am Montag“ mitteilt, nur 350. Nach derselben Quelle müssen in der Mark die Zuckerrüben Acker und Auen den Betrieb einstellen, weil sie keine Arbeiter haben. In Westpreußen melden sich auf die Nachfrage nach 1950 landwirtschaftlichen Arbeitern 100 Inspektoren und keine Arbeiter. Nach den amtlichen Auskunftsstellen der Provinzarbeitsnachweise ist in der Provinz Sachsen und in Anhalt dauernd großer Bedarf an Arbeitskräften in der Landwirtschaft und im Bergbau, ebenso in Thüringen, wo 3210 Bergarbeiter gesucht werden, und in Westfalen, wo 9750 offene Stellen für Bergleute und 500 für landwirtschaftliche Arbeiter vorhanden sind. Außerdem sind dort für 1700 ungelernete Arbeiter offene Stellen vorhanden, ferner für rund 900 Erdarbeiter, 115 Hohlsteiger und Bauarbeiter, 190 Maurer, 130 Feiler. Es muß eine der wichtigsten Aufgaben der neuen, durch die Nationalversammlung geschaffenen Regierung sein, den schreienden und folgenschweren Gegenstand von Arbeitslosigkeit auf der einen und Arbeitermangel auf der anderen Seite zu beseitigen.

Allerlei Nachrichten.

Die polnische Frage.

In ihrer Neujahrsehrung gibt die „Gazeta Grudziadzka“ vom 1. Januar ihren ersten Berichtungen über die polnische Frage, daß der günstige Stern, der über Polens Geschick so hell zu leuchten anfing, von ringsum aufsteigenden Wolken verdeckt werden könnte.

Trübe Aussichten beunruhigen unser verängstigtes Gemüt, so klagt das Blatt, in der für uns wohl allerwichtigsten Frage, der der Grenzen unseres Landes. Wir wissen noch nicht, was geschehen wird mit dem großen Landesgebiet, die die Vereinigung mit dem Mutterlande herbeiführen. Im besonderen ist das Los des für uns wichtigsten Gebietes von Westpreußen noch unbestimmt. Schon hört man Stimmen, daß die Koalition, namentlich aber die Vereinigten Staaten, die Frage des Zuganges zum Meer nicht in dem

Sinne betrachten, wie es dem Wunsche des ganzen Volkes entspricht. Die aber, die als unsere Führer gelten, halten unser Volk im ungewissen. Es zeigt sich, daß unsere großen Hoffnungen sich als täuschend und irreführend erweisen. Wir müssen daher das Los unserer preussischen Teilgebiete den Händen Gottes anvertrauen.

Ebenso wenig wie über Westpreußen ist natürlich über Oberschlesien schon im Sinne des Großpolentums entschieden!

Man fordert die Herausgabe der Reppelinc.

Der „Matin“ verlangt die Herausgabe der Reppelinc von Deutschland im Friedensvertrage. Die neuesten deutschen Reppelinc könnten jetzt nämlich 90 Kilometer zurücklegen und für 100 Stunden Brennstoff an Bord führen. Die Luftschiffe könnten 9000 km ohne Zwischenlandung zurücklegen und somit bequem von Hamburg nach New-York fahren. Die Entente könne die Verwirklichung eines solchen Projektes, das Deutschland einen Vorteil in der Beherrschung der Luft und auf wirtschaftlichem Gebiete zusichere, nicht zulassen.

Der Lausanner Sozialistenkongreß.

(u.) Wie der Vertreter des Wolffschen Telegraphen-Büros erzählt, hat Branting an die sozialistische Partei der Schweiz, sowie an das Zentralkomitee des Schweizer Gewerksbundes telegraphiert, daß Schweden an dem Sozialistenkongreß in Lausanne teilnehmen werde unter der Bedingung, daß gleichzeitig ein internationaler Gewerkskongreß stattfindet. Die schwedischen Delegierten sollen am 13. Januar in der Schweiz eintreffen. Die Beratungen sollen unbedingt am 21. Januar beginnen. Das neue Zentralkomitee der Schweizerischen Sozialisten-Partei wird über die Teilnahme an dem Lausanner Kongreß abstimmen und zehn Delegierte ernennen. Das Komitee, das sich in seiner letzten Sitzung gegen den Vorschlag auszusprechen, hat seine Delegierten beauftragt, sich an den Grundgedanken des reinen Sozialismus zu halten und die Diktatur des Proletariats abzulehnen.

Zum Tode Hertlings.

Schweizer Nachrufe.

(u.) Die Schweizer Presse, namentlich die katholische, widmet Hertling warm empfundene Nachrufe. Das „Baseler Volksblatt“ schreibt: Für uns Katholiken bleibt Graf Hertling der Typus des katholischen Gelehrten und Staatsmannes, der zeigt, wie man Bildung, Wissen, Amt und Würden mit katholischen Grundsätzen und Glaubensregeln vereinen kann. — Die „Zürcher Nachrichten“ betonen: Hertling war ein Vorkämpfer des Christentums und der katholischen Weltanschauung in einer Zeit, wo eine von Erfolgen der materiellen Kultur trübende Welt dem Verderben entgegenkam und mit welterschütterndem Krachen zusammengebrochen ist.

Praktische Winke für Wähler.

Von Friedrich Weinhausen, M. d. R.

Die bevorstehenden Wahlen zur Nationalversammlung unterscheiden sich schon in ihrer äußeren Durchführung so stark von allen vorausgegangenen Reichstagswahlen, daß weitgehende Aufklärung auch dann geboten wäre, wenn nur die gleichen Wähler abstimmen hätten, die früher schon gewählt haben. Da aber in Wirklichkeit mehr als die Hälfte der Wähler am 19. Januar zum ersten Male an die Wahlurne treten sollen, so ist diesmal ganz besonders unerlässliche Belehrung dringend notwendig, wenn der Wahlzweck wirklich erreicht, der Wille des gesamten deutschen Volkes unverfälscht zum Ausdruck gelangen soll.

1. Die allererste Wählerpflicht.

Die erste Entscheidung, die jeder Wähler schon lange vor dem Wahltag zu treffen hat, ist die, ob er sich an den Wahlen beteiligen soll oder nicht. Wir wissen aus trüber Erfahrung, daß die Zahl der Nichtwähler bei den Reichstagswahlen, wenn sie auch pünktlich gestiegen ist, doch das letzte Mal immer noch 2,1 unter 14,4 Millionen Wahlberechtigten betrug. Von 100 Wählern sind immer 15 zu Hause geblieben! Mag auch ein Teil von ihnen durch Krankheit oder durch unaufschiebbare andere wichtige Gründe ferngehalten worden sein, so ist und bleibt doch der Satz von 15,1 Prozent Nichtwählern ein bedauerlich hoher. Er muß diesmal, wenn irgend möglich, geringer werden, weil das deutsche Volk noch nie eine Wahl von gleicher Wichtigkeit wie die bevorstehende durchzuführen hatte. Republik oder Monarchie, Volksregierung oder Aussenherrschaft, Friedensschluß oder feindliche Befragung, Brot oder Hungerkataloge, Kredit oder Staatsbankrott, Neubau des Wirtschaftslebens oder dauerndes schweres Elend: das und noch vieles andere Lebenswichtige steht zur Entscheidung. Kann da irgend ein Wähler, sei er Frau oder Mann, jung oder alt, noch im Zweifel sein, ob er zur Wahl gehen soll oder nicht? Wie zuvor war Wahlen so sehr vaterländische Pflicht wie diesmal!

2. Die Frauen und die Wählerpflicht.

Ganz besonders eindringlich müssen die Frauen an ihre Pflicht gemahnt werden, sich an der Wahl zu beteiligen. Wenn sie jetzt zum ersten Mal zur Wahlurne berufen werden, dürfen sie es nicht machen wie die Männer, die bei der ersten Reichstagswahl am 1. März 1871 fast genau zur Hälfte (49 Prozent) zu Hause blieben. Das würde diesmal glatte Auslieferung der deutschen Zukunft an die extremradikale Partei bedeuten. Diese haben die Frauen schon lange seit an der Hand. Sie werden ganz sicher das letzte Fabrikmädchen und die jüngste Tagelöhnerin zur Stimmabgabe für sie bringen. Versäumen denen gegenüber die bürgerlichen Frauen ihre Wählerpflicht, so ist der Sieg der Radikalen sicher. Der aber bringt uns mit Bestimmtheit Klassenherrschaft statt freie Volksregierung. Darum darf auch nicht eine einzige wahlberechtigte Frau den Gedanken aufkommen lassen, es werde wohl auch ohne sie gehen, auf ihre Stimme komme es gewiß nicht so sehr an. Solche Gedanken sind in dieser schlimmen Notzeit unverantwortlich, und die Frau, das Mädchen, die ihnen nachgeben und den Wahlen ohne allerdinglichsten Grund fern bleiben, machen sich dadurch in gegenwärtiger Zeit eines unfähbaren Verbrechens am Vaterlande schuldig.

3. Besuch der Wählerversammlungen.

Für diejenigen Wähler und Wählerinnen, die noch im Zweifel sein sollten, welcher Partei sie ihre Stimme bei den Nationalwahlen zuführen, wird es nun dringend nötig, sich Klarheit über die verschiedenen Par-

Lehrprogramme zu verschaffen. Das geschieht am besten und bequemsten durch das Studium der Wahlaufsätze, Flugblätter und sonstigen schriftlichen Rundgebungen der Parteien. Wenn solche jedoch nicht zur Verfügung stehen sollten, der ist auf den Besuch der öffentlichen Wählerversammlungen angewiesen, die in diesen Wochen wohl auch im letzten Dorf abgehalten werden. Hier bietet sich durch aufmerksames Anhören der Redner und durch mutiges Fragen — auch nach den Grundfragen und Zielen gegnerischer Parteien — ausreichende Gelegenheit zur Gewinnung eines eigenen Urteils. Dann aber muß man sich eine bestimmte Partei auswählen, für die man seine Stimme abgeben will. Denn wenn auch die Wahlordnung für die Nationalversammlung vorsieht, daß schon 100 Wahlberechtigte genügen, um einen eigenen „Wahlvorsatz“ zu amtlicher Bekanntmachung zu bringen, so ist doch das ganze neue Wahlverfahren durchaus darauf zugeschnitten, daß nur große Parteien gewinnen können, während kleine Gruppen und natürlich erst recht zerstückelte Einzelstimmen leer ausgehen müssen. Was schon bei früheren Reichstagswahlen richtig war, gilt diesmal erst recht. Der einzelne ist in der Politik und bei Wahlen ein Nichts, die Organisation, die Partei alles! Aber auch die Wähler und Wählerinnen, die sich schon ganz klar über ihre parteipolitische Zugehörigkeit sind, sollten in diesen Wochen möglichst keine Wählerversammlung besuchen. Ganz abgesehen von den wertvollen Kenntnissen, die sich jeder dort noch erwerben kann, gewöhnen sie auch häufig tiefe Eindrücke in die politische Seele des Volkes. Außerdem verlangen auch alle Parteien von ihren Anhängern regen Besuch der Wahlversammlungen zur Unterstützung der eigenen Redner und zur wirkungsvolleren Bekämpfung der Gegner. Deshalb sollten sich auch die Frauen durch etwa ihnen peinliche Ausschreitungen nicht vom Besammlungsbesuch abhalten lassen. Sie werden immer etwas mit nach Hause nehmen.

Kandidaten des Zentrums für den Wahlkreis Provinz Hessen-Nassau.

Als Kandidaten des Zentrums für die Wahlen der Nationalversammlung wurden für die Provinz Hessen-Nassau folgende Personen aufgestellt:

1. Rentner Richard Müller, Fulda,
2. Bauarbeitersekretär Josef Becker, Berlin,
3. Mittelschullehrer Jean Albert Schwarz, Frankfurt a. M.
4. Volksvereinssekretär Franz, Fulda,
5. Arbeiter Ferd. Müller, Elz,
6. Frau Boyla Bontant-Niehe, Frankfurt a. M.,
7. Landwirt Vogt, Dänfeld,
8. Kreisbauinspektor Joos, Korbach,
9. Redakteur Dr. Joh. Kramer, Fulda,
10. Buchdrucker Gerhard Heil, Frankfurt a. M.,
11. Bäcker Ebel, Neustadt,
12. Fabrikant Ohlig, Montabaur,
13. Amtsgerichtsrat Ansh, Kassel,
14. Landwirt Eikel, Montabaur,
15. Frau Gymnasialdirektor Beckmann, Limburg.

Kandidatenliste der Deutschen Volkspartei.

Die Deutsche Volkspartei hat für den Wahlkreis Hessen-Nassau folgende Kandidatenliste für die Wahlen zur deutschen Nationalversammlung aufgestellt:

1. Geheimrat Nießer-Berlin,
2. Amtsgerichtsrat Vieber-Wiesbaden,
3. Arbeitersekretär Geisler-Frankfurt,
4. Stadtverordnetenvorsteher Dr. Kalle-Biebrich,
5. Frau Julie Boffermann-Mannheim,
6. Ingenieur Chr. Danja-Limburg,
7. Stadtverordneter Dr. Rumpf-Frankfurt,
8. Fabrikant Dr. Herand-Panau,
9. Stadtverordneter und Kaufmann Behle-Bad Homburg,
10. Schornsteinfegermeister Franz-Frankfurt,
11. Oberlehrer Julie Heide-Frankfurt,
12. Kreistierarzt Lüders-Wilmsburg,
13. Professor Hans Köppe-Nassburg,
14. Landesbibliothekar Dr. Hoff-Kassel,
15. Schriftsteller Dr. Friedrich Wötcher-Mengerlinghausen (Waldeck).

Lokale u. Vermischte Nachrichten.

Fernspreckgebühren.

* Oestrich, 10. Jan. Da die Verbindungen mit dem Postsekretariat in Frankfurt aufgehoben ist, kann die Abschreibung der Fernspreckgebühren in diesem Monat weder von dem Postsekretariat noch von dem Konten der Landesbank und des Verschuldungsvereins erfolgen; die Gebühren müssen vielmehr alle bar eingezogen werden. Die Fernspreckgebühren müssen trotz der Telefonsperre zunächst entrichtet werden. Sobald wieder geregelte Verbindungen mit Frankfurt bestehen, wird die Entscheidung der Ober-Postdirektion eingeholt werden, ob und inwieweit die gezahlten Gebühren zurückerstattet werden können.

Schulverhältnisse.

* Eltville, 8. Jan. In der gestrigen Stadtverordneten-sitzung beschäftigte man sich mit der Verstaatlichung der hiesigen Lateinschule. Zur Umgestaltung der Schule hatte der Magistrat folgende Anträge gestellt: 1. Die Lateinschule in ihrem jetzigen Lehrplan beizubehalten; 2. die beiden Vorschulen der Latein- und der höheren Mädchenschule baldigst zu einer gemeinsamen, drei aufsteigende Klassen umfassenden Vorschule zu vereinen; 3. möglichst bald einen akademisch gebildeten Rektor für die Lateinschule zu berufen (Kritikphilologe); 4. die Verstaatlichung der Lateinschule zu befürworten; 5. in Anbetracht des geschichtlich katholischen Charakters der Schule soll a) der Leiter immer katholisch sein, b) ein katholischer Theologe als Mittelschullehrer und Religionslehrer berufen werden, c) der jeweilige katholische Stadtparrer Mitglied des Verwaltungsrats sein.

Zur Warnung!

* Erbach-Mg., 13. Jan. Drei Wirtschaften von hier, in denen nach 8 Uhr noch Gäste im Lokale gebildet wurden, sind geschlossen worden; den Besitzern derselben wurden Geldstrafen von je 50 Mark auferlegt.

Verz.: Saatkartoffeln.

RM Nüdesheim a. Rh., 13. Jan. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß der Verkehr mit Saatkartoffeln seitens der Reichshofstelle für das ganze Reich noch gesperrt ist und mit der Aushebung der Sperre vor dem Frühjahr nicht zu rechnen sein dürfte. Auch ist nicht vorauszufragen, ob die gesamten bestellten Saatkartoffelmengen tatsächlich eingeht, weshalb die Landwirte Vorbehalte treffen müssen, daß sie aus den ihnen zur Verfügung stehenden Saatkartoffeln zeitig die notwendigen Saatkartoffelmengen auswählen.

Die Abzeichen der französischen Offiziere,

die auf den Ärmeln der Uniform und an der Kopfbedeckung getragen werden, sind folgende: Divisionsgeneral 3 Sterne, Brigadegeneral 2 Sterne, Oberst 5 Streifen, Oberstleutnant 5 Streifen (davon 2 von anderer Farbe), Major 4 Streifen, Hauptmann 3 Streifen, Leutnant 2 Streifen, Unterleutnant 1 Streifen.

Zur Warnung.

* Einer Veröffentlichung des Kommandanten der Befehlstruppen in Höchst gemäß ist vom dortigen Kriegsgericht ein Mann aus Nied wegen grober Beleidigung durch Worte und Gebärden einem Kommandanten der Militärbehörde gegenüber, der sich in Ausübung seines Dienstes befand, zu 3 Monaten Gefängnis und 500 Franken Geldstrafe verurteilt worden.

Ein richtiges Mißgeschick,

das aber auch eine heitere Seite hat, passierte dieser Tage dem Kaufmann H. von St. Ingbert. Einige Meter von seinem Hause weg erwischte ihn kurz nach neun Uhr eine französische Patrouille und brachte ihn trotz aller Einwendungen nach dem Verwahrungsort. Die Frau des Kaufmanns wollte kurz darauf ihren Mann von der Straße herausholen, ihr passierte aber das selbe Geschick, in der Damenabteilung des „Prisons“ mußte sie übernachten. Erst am anderen Morgen bei der üblichen Vorstellung erfuhr sie, wo er und er, wo sie am Abend so schnell hingekommen war, worauf beide die übliche Geldbuße zahlten.

Ein ungewöhnlich milder Winter

scheint uns in diesem Jahre beschieden zu sein. Seit den ersten strengen Frosttagen zu Ende November trat kaum mehr eine ernstere Kälteperiode mit Eisbildung auf. Die Winterfanten zeigen daher heute noch ein frisches Aussehen wie zur Herbstzeit. Diese milde Witterung ist indes keineswegs nach dem Geschmack der Landwirte und Obstzüchter. Vom Januar wünschen sie sich strenge, eilige Kälte bei guter Schneedecke; denn „Januar muß vor Kälte knallen, soll im Sommer die Frucht gut laden“, und „Januar warm, daß Gott erkarm“, klagt nach alter Erfahrung mit Recht eine alte Bauernregel. Für die Obstbäume wäre eine richtige Winterkälte schon um deswillen zu wünschen, daß der Saftstrom nicht zu früh einsetzt, um im Frühjahr einer sehr verderblichen Saftstockung Platz zu machen. Dieser hatten wir bekanntlich im letzten Jahre in erster Linie die völlige Mißernte in allen Obstarten zu verdanken. Auch für die Vernichtung des Ungeziefers und des Anfranks wäre eine strenge Winterkälte jetzt sehr erwünscht. Hoffentlich setzt diese bald doch noch ein.

Die neuen Eisenbahntarife. Ueber die neuen Tarifordnungen im Eisenbahnverkehr erzählt die „Tägliche Rundschau“ von uninteressanter Seite, daß die Erhöhungen noch größer sein werden, als bisher geplant war. Im Personenverkehr wird die Verteuerung in der vierten Klasse 25, in der dritten Klasse 30, in der zweiten Klasse 40 und in der ersten Klasse 100 Prozent betragen. Mit Ausnahme des internationalen Reiseverkehrs wird die erste Klasse im allgemeinen befreit und die Durchführung eines Zweiklassensystems angestrebt werden. Die Arbeiter-, Schüler- und Zeitkarten sollen von der Erhöhung freibleiben. Gleichzeitig mit der Erhöhung der Personentarife wird die Befreiung der Ergänzungsgebühr im Schnellzugverkehr vorbereitet, unter Ausregelung der Schnellzugzuschläge. Statt bisher vier werden drei Zonen gebildet, und zwar die erste Zone bis 75 Km., die zweite Zone von 76 bis 150 und die dritte über 150 Kilometer. Die Zuschläge betragen für die erste Zone: dritte Klasse 1 Mk., 1. und 2. Klasse 2 Mk., zweite Zone 3. Klasse 3 Mk., 1. und 2. Klasse 4 Mk., dritte Zone 3. Klasse 3 Mk., 1. und 2. Klasse 6 Mk. Im Gepäckverkehr wird die jetzt bestehende Verdoppelung der tarifmäßigen Sätze fortfallen, also eine Ermäßigung von 50 v. H. gegenüber den jetzigen Sätzen eintreten. Im Güterverkehr ist zu den bisherigen Sätzen ein allgemeiner Zuschlag von 60 Prozent vorgeschlagen worden, so daß die Erhöhung gegenüber den Preisen vor dem Krieg 75 Prozent betragen wird. Die Durchführung der Tarifserhöhung, zu der die deutschen Bundesregierungen ihre Zustimmung bereits gegeben haben, ist zum 1. April in Aussicht genommen worden. Die preussische Regierung hat Minister Hoff ermächtigt, die Erhöhung in Preußen durchzuführen, vorbehaltlich der Zustimmung der kommenden Nationalversammlung.

Gegen die Beschimpfung der Offiziere erheben zahlreiche sozialdemokratische Führer und auch der bekannte Pazifist und Demokrat Prof. Quide-München das Wort. Er erklärte: Der unglückliche Mensch ist heute der Offizier, der seine Pflicht getan hat, und der sich heute von jedem Landstrolach auf der Straße beleidigen lassen muß. Recht ist nur den Offizieren geschehen, die ihre Soldaten geschunden haben.

Ausrechnung der Kriegsgefangenschaft auf die Dienstzeit. Den in Kriegsgefangenschaft geratenen Seeresangehörigen ist die Zeit der Kriegsgefangenschaft als Dienstzeit anzurechnen, wenn nicht nachgewiesen ist, daß eigenes Verschulden vorgelegen hat. Sie ist auch bei der Feststellung des für die Anrechnung von Kriegsjahren erforderlichen Zeitraumes zu berücksichtigen, soweit der Betroffene während der Kriegsgefangenschaft besonderen Gefahren für Leben und Gesundheit ausgesetzt war.

Die Kantinenfonds. Bei allen Truppenteilen soll nach einer Meldung aus Berlin baldmöglichst die Abrechnung der Kantinenfonds vorgenommen werden, damit die Ueberschüsse, die bestimmungsgemäß zugunsten der Unteroffiziere und Mannschaften verwandt werden müssen, noch den zur Entlastung kommenden Leuten mit zugute kommen.

Verlängerung der Verzehrungssteuern. Verschiedene Anträge bei den Zentralbehörden und auch Neuerungen in der Presse lassen erkennen, daß Zweifel darüber bestehen, ob auch in diesem Jahr wie in den Vorjahren eine Verlängerung der zwei- und vierjährigen Verzehrungssteuern für die sogenannten For-

derungen des täglichen Lebens (Paragraphen 196, 197 des V.G.B.) angeordnet ist. Demgegenüber wird darauf hingewiesen, daß eine nochmalige Verlängerung der Verzehrungssteuern durch die Bekanntmachung des Bundesrates vom 31. Okt. 1918 (Reichsgesetzblatt S. 1283) statufunden hat. Darnach verjähren die vorbestimmten Forderungen, soweit sie bisher noch nicht verjährt sind, nicht vor dem 31. Dezember 1919.

Der Orientexpresszug. Nachdem der Ballanzug mit Serbiens Räumung nicht mehr führt, beabsichtigt die Internationale Schlafwagen-Gesellschaft, den Orient-Expresszug von Ostende nach Konstantinopel so bald als möglich wieder fahren zu lassen. Die Gesellschaft richtet gegenwärtig einen direkten Zugverkehr zwischen Paris und Mainz über Straßburg, sowie zwischen Paris und Trier über Metz und Luxemburg ein.

Der Jarenmord. In der französischen Kammer verlas Pichon u. a. die Zeugenaussage des Fürsten Lwow mit Hinsicht auf die Ermordung der Jarenfamilie. Darnach sollen sich bei der Ermordung schreckliche Szenen abgespielt haben. Jedes Mitglied mußte auf Stühlen Platz nehmen und wurde dann während der ganzen Nacht geschlagen und schließlich mit den Bajonetten gespießt, bis der Tod eintrat. In dem Zimmer, wo sich die grausigen Szenen abspielten, befand sich eine gewaltige Blutlache.

Weinzeitung.

* Aus der Rheinpfalz, 10. Jan. In den Weinbergen kann gegenwärtig nur wenig gearbeitet werden, weil es zuviel regnet. Das Holz der Reben ist gänzlich entwickelt. Das Geschäft mit Wein ist überaus ruhig; dabei sind die Preise zurückgegangen. Im Gebiete der Oberrhein-Haard wurden die 1000 Liter 1918er Jüngst in Edenkoben, Bursweiler und anderwärts mit 1200—2000 Mk., 1917er mit 6000—6500 bewertet. Im Gebiet der mittleren Haardt kosteten in Herzheim a. Rh., Kallstadt, Dürkheim, Heidesheim, Wachenheim und Umgebung die 1000 Liter 1918er 2500—5000 Mk., 1917er (vereinzelt) 7500—9500 Mk.

* An der Mosel, die bekanntlich von den Amerikanern besetzt ist, sind große Mengen Wein für Amerika angekauft worden zu guten Preisen, für 10—12000 Mk. das Faß.

* Von der Mosel, 10. Jan. Der 1918er Wein ist im allgemeinen sauer; immerhin kann er von dieser Säure noch verlieren. Wenn auch keine Gärung groben Erwartungen nicht entspricht, befinden sich doch auch bessere Sorten darunter. Verschiedentlich wurden für das Faß 1800—2250 Mk. gezahlt; das Faß 1917er bot man zu 6000—7000 Mk. an.

Schopenhauer, der Weintrinker.

* Der große Philosoph, der ein harter Esser war und gendwöhnlich zwei Portionen aß, war auch ein guter Weintrinker. Eines Tages war er beim Frankfurter Rothschild zu Gast. Vor seinem Gedeck stand eine Batterie von Gläsern in allen Größen und Formen. Mit großem Behagen hatte der Philosoph zwei Teller Schokoladenstücke gegessen und lehnte sich in seinen Stuhl zurück, als der Diener mit der Weinflasche kam, um einzugießen. Rasch schob ihm Schopenhauer ein kleines Deservierglas hin. Der Bediente flüsterte ihm lachend zu: „Darf ich um das große Glas bitten?“, das kleine ist für die feinen Deservierweine.“ Schopenhauer antwortete ebenso leise: „Gießen Sie nur ruhig den Tischwein in das kleine Glas; das große brauche ich, wenn die feinen Deservierweine gereicht werden!“

Der heutigen Nummer unseres Blattes liegen zwei Flugblätter der Deutschen demokratischen Partei bei, worauf wir aufmerksam machen.

Verantwortlich: Adam Etienne, Oestrich.

Vor der Wahl.

Den Kleinbauern und Winzern gewidmet von Jos. Pleines, Winkel.

Berufsgenossen! Es ist merkwürdig, wie die Parteien aller Schattierungen plötzlich ihr kleinbäuerliches Herz entdecken und wie sie euch alle helfen wollen. Traut diesen Volksbeglückern nicht, verlaßt euch auf euer Erfahrungsbahingehend, daß der Großgrundbesitzer vor dem Kriege und während des Krieges überall bevorzugt und beschützt worden ist. Siegen die sog. diversen Volksparteien, die eigentlich alle Kapitalisten-Vereinigungen sind, dann bleibt, trotz der schönen Versprechungen, alles beim Alten. Ihr wißt, wie während des Krieges den großen Wätern die Verwalter belassen und wie ihnen jede gewünschte Zahl von Gefangenen und Geplanten u. zur Verfügung gestellt wurde. Den Kleinbauern, besonders den draußen kämpfenden, ließ man zu Grunde gehen. Bei Beschwerden in Wiesbaden, bei der Landwirtschaftskammer, wurde man mit der kurzen bündigen Erklärung: — „Es liegt im wirtschaftlichen Interesse, daß die großen Güter erhalten bleiben“ — abgefertigt. Weiter; wie wurde es mit den Ablieferungen gehalten? Wurde nicht der Kleinbauer ausgepreßt wie eine Citrone, mußte er nicht sein Vieh, sein Getreide, seine Kartoffeln, zu billigen Preisen hergeben und seine eigenen Ablieferungen zu weit höherem Preise wieder zurückkaufen? Der Großgrundbesitzer ist allein berechtigt Saatkartoffeln und Saatgetreide zu hohen Preisen zu verkaufen, während den Kleinbauern nur kleine Quantitäten, und zwar nur zur Bestellung der letztjährigen Fläche, belassen werden. Will er mehr anbauen, so muß er sich das nötige Saatgut zu horrenden Preisen beschaffen, wodurch selbstredend die Produktion eingeschränkt und die Volksernährung verschlechtert wird. Ein Beispiel: — Die Kartoffeln müssen zu Mk. 5.50 pro Ctr. abgegeben werden, während Saatkartoffeln ca. Mk. 20.— pro Ctr. kosten. Wer hat da noch Lust zum Anbau? Das kann nur anders werden, wenn die Sozialdemokraten aus Ruder kommen, deshalb Berufsgenossen und -genossinnen gebt eure Stimme der Liste

Scheidemann!

Zentrums- Wähler !!

Was fordert das Zentrum?

I.

Einen baldigen Frieden, damit unsere Arbeitslosen Stellung finden und Rohstoffe ins Land kommen;

II.

Erhaltung eines tüchtigen Arbeiter- u. lebenskräftigen Mittelstandes;

III.

Wiederaufrichtung des durch den Krieg so schwer geschädigten Handwerks;

IV.

Freie Bahn zum Aufstieg der Tüchtigen aus allen Volksschichten;

V.

Weitherzige Fürsorge für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene;

VI.

Freiheit jeglichen religiösen Bekenntnisses.

Einigkeit ist die Kraft!

deshalb dürfen bei der Wahl zur National-Versammlung die

Volksgenossen- u. Genossinnen

ihre Stimme nicht zersplittern.

Einigkeit gibt die Macht

das Errungene festzuhalten und auszubauen. Die Wähler, die dem Volke vertrauen, müssen am 19. Januar allein stimmen für die Liste

Scheidemann!

Möbel-Versteigerung

Samstag, 18. Januar 1919,
vormittags 10 Uhr,

versteigere ich zufolge Auftrags Geisenheimerstraße Nr. 6 dahier gegen gleich bare Zahlung folgende Gegenstände:

1 kompl. helle Schlafzimmereinrichtung — eichen — bestehend aus: 2 Betten mit Sprungrahmen, 2 Nachtschränken, 1 Waschtisch, 1 großer Kleiderschrank, 1 kleiner Kleiderschrank, 1 Schreibkonsole, 1 Tisch eichen, 1 großes Buffet eichen, 1 Sofa, 1 Ausziehtisch, 1 Kommode, 1 Nähmaschine, 1 Herrenschreibtisch, 1 Handwerker Nähmaschine, 1 vollständige Kücheneinrichtung, 1 Gasherd mit Tischen, 1 Gartenmöbelgarnitur bestehend aus 1 Tisch weiß lackiert, 1 Bank und 4 Stühle, 1 Küchenwaage, 1 Copierpresse, 1 Etager, 3 Edbrettchen, 1 Spieluhr, 1 Trompete, 1 Violine (3/4 Geige), 1 Kinderstuhlschlitten, 1 Rolle Drahtgitter, 1 Grammophon, 1 Knochophon, 2 Kohlen säureflaschen und dergl. mehr. —

Besichtigung 1 Stunde vor Beginn der Versteigerung.

Radesheim a. Rh., den 10. Januar 1919.

Rheinstr. 31. J. Heinz, Auktionator. Telefon 187.

Trauerbriefe — Trauerkarten

liefert schnellstens

„Rheingauer Bürgerfreund“.

Möbel und Betten

:: in grosser Auswahl ::
zu sehr billigen Preisen.

Nun aufgenommen!

Sessel- Stuhlsitze u. Liegestühle

:: Grosse Auswahl ::
zu den billigsten Preisen.

Gebr. Hallgarten, Bingen a. Rh. Schmitt-
str. 23.

Wir nehmen beim Einkauf Kriegs-Anleihe in Zahlung.

Statt besonderer Anzeige

Codes-Anzeige

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, gestern abend 10 Uhr, meinen lieben guten Mann, unseren treusorgenden Vater, Schwiegervater, Großvater, Bruder, Schwager und Onkel

**Herrn Stadtverordneten
Karl Schwank,**

Bezirkschornsteinfeger,

unerwartet nach kurzem schweren Leiden, wohl vorbereitet mit den hl. Sterbesakramenten, im 61. Lebensjahre, zu sich in die Ewigkeit abzugeben.

Die trauernden Hinterbliebenen

Familie Karl Schwank.

Radesheim a. Rh., Winkel, den 12. Januar 1919

Die Beerdigung findet statt: Dienstag, den 14. Januar, nachmittags 3 Uhr, vom Wohnhaus Neustr. 16; die Erquiden sind Mittwoch früh 6 1/2 Uhr.

Für das Postbüro wird eine männliche Kraft gesucht, welche die französische Sprache beherrscht, sowie für das Rathaus als Ersatz für einen Teil der weiblichen Gehilfen einige männliche Bürogehilfen, möglichst arbeitslose Krieger oder Kriegsbeschädigte.

Gehalt nach Uebereinkunft.

Selbstgeschriebene Bewerbungen mit Zeugnissen und Lebenslauf bis zum 14. Januar an den Unterzeichneten.

Deßlich, den 8. Januar 1919.

Becker,
Bürgermeister.

Es stehen fortwährend belgische und auch Münsterländer

Pferde

zum Verkauf. Einspanner und auch Gespanne.

Julius Ackermann,
Langen-Schwalbach.

Photographisches-Atelier Bogler.

Geisenheim im Rheingau.

Spezialitäten: Vergrößerungen und Verkleinerungen
auch von Zivill in Feldgrau
und alle sonstigen Photographischen Arbeiten.

Institut für vornehme Ehevermittlung.

Frau Ella Tischler, Wiesbaden
Grabenstrasse 2¹. — Telefon 3973.

Vergrößerungen

nach jeder kleinen Photographie oder aus jedem Gruppenbilde, auch von Zivill in Feldgrau, werden billigst ausgeführt.
Semi-Emallbild für Broschen, Anhänger etc.
Sinnreiches Geschenk.

Frieda Simonsen, Rheinstrasse 56, Wiesbaden.

Drucksachen für Vereine

als: Einladungskarten
Programme und Lieder-
Festsammlungen, Statuten
usw. fertigt schnell die

Buchdruckerei von Adam Etienne
Deßlich a. Rh. Landstr. 18

2 trächtige

Schafe

zu verkaufen bei

J. Mondani,
Gärtnerei, Niedrich.

1 Nussbaum u.

1 Kirschbaumstamm

zu verkaufen.

Johann Gebauf,
Geisenheim.

Ein gut erhaltener gebrauchter

Herd

zu kaufen gesucht.

Deßlich, Knoblochstr. 15.

Einige Paar

Lederkinderstiefel

Nr. 24, 25 u. 26 sowie 1 Paar
rindlederne

Frauenhalbschuhe

Nr. 40 zu verkaufen.

Eltville, Schmittstraße 3.

Briefkassetten

in einfachen und feinen Aus-
stattungen empfiehlt
Rheingauer Bürgerfreund,
Deßlich a. Rh.

30 gebrauchte

Weinflaschen

billig abgegeben. Näheres in
der Expedition d. Blattes.

Imprägnierte u. transpirierte Weinbergspfähle,

runde und gefägte

Stückel,

1,25, 1,50 u. 1,75 Mt. lang,

Baumpfähle,

2 bis 3,50 Mt. lang,

empfiehlt

H. Jos. Friedrich,
Deßlich i. Rhg.

— Telefon 70. —

Gutbürgerliche

Köchin,

welche etwas Hausarbeit über-
nimmt, zum 1. Febr. gesucht
von

Frau J. Klein jun.,
Johannisberg, Rheingau,
Grund 164.

Maurer

für ausbessern und bewerkeln
von ca. 2000 qm. Mauern
gesucht. Material vorhanden.
Angeb. mit Tag- oder
Stundenlohn a. d. Exp. d. Bl.

Ein noch gut erhaltener

2-tür. Kleiderschrank u. Vertikow

zu kaufen gesucht.

Angebote mit Preisangabe
unter N. B. 100 an den Ver-
lag dieser Zeitung.

Wer hätte eine drei-
teilige Matratze
oder auch in einem
Stück mit oder ohne

Keil, am liebsten neu oder auch
gut erhalten, zu verkaufen?
Länge 1,85 M., Breite 95 cm.

Schriftliche Angebote mit
Preis an die Geschäftsstelle
dieser Zeitung erbeten unter
N. B. 100.

Mitteilungen

Adolf Adam Etienne, Oestrich.

2 trächtige

Fahrradsen,

gut im Zug, zu verkaufen.

Brockschneidwerk,

Niederwalluf a. Rh.

Ein größeres

Wohnhaus

mit Stallung nebst Garten mit
Obstbäumen zu kaufen gesucht.
Offerten unter N. B. 800 an
den Verlag d. Bl.

Piano's

stimm und repariert

Wilh. Müller, Mainz

Kgl. Spanischer und Luxemburger
Hof-Piano-Fabrik.

Gegr. 1843. Tel. 44, Münsterstr. 10.